

KS-Newsletter

5. Jahrgang / Nr. 2
März 2007

Inhalt

- Nachrichten aus der Koordinationsstelle Sucht** **1**
- Expertise „Zugang zu jungen Cannabiskonsumenten“ liegt vor | JaN-Multiplikatoren bereiteten sich auf Anti-Rauchkurse vor | Abschlussbericht attestiert SeM Zielerreichung | Männliche Spätaussiedler Schwerpunkt im Arbeitskreis | Jahressupervisionsgruppe hat die Arbeit aufgenommen
- Nachrichten aus Westfalen-Lippe** **5**
- Studie aus Hemer stößt auf internationale Resonanz | Haltern und Dorsten kündigen Finanzierung der Suchtberatung | Kampagne gegen Alkohol geht mit Elternabend und Bild weiter | Caritas Coesfeld bei Online-Beratung präsent | Datenbank für Fallmanager auch öffentlich zugänglich | Hammer Liberaler will Tagesklinik für Suchtkranke | DROBS fordert Methadonambulanz für den Kreis Herford | Information zu Auslandsreise für Substitutionspatienten | Suchtkranke Straftäter werden zu selten behandelt
- Sucht- und drogenpolitische Nachrichten aus NRW, Bund, Ausland** **9**
- Kein Fortschritt bei Senkung der Drogenopfer-Zahl in NRW | Länder einigen sich auf Grundsätze zum Nichtrauchererschutz | Suchtmittelkriminalität in Österreich geht zurück | Union signalisiert nun doch Zustimmung zur Heroinstudie | 1,5 Millionen Deutsche sind medikamentenabhängig | FreD: Erfolgreiche Bilanzen und neue Teilnehmer-Städte | Deutsche Kinder Spitze beim Rauchen | Medikamentensucht nimmt immer bedrohlichere Ausmaße an
- Ankündigungen und Veröffentlichungen** **15**
- Veranstaltungsmarathon zur EU-Ratspräsidentschaft | Institutstagung in Linz zu Sucht ohne Drogen | Bundesdrogenkongress bringt Methoden in Zusammenhang | 800 Schüler diskutieren über Magersucht und Bulimie | Strafgefangenen-Gesundheitskonferenz am Schwarzen Meer | DBDD legt nationalen Bericht zur Drogensituation vor | „Sucht“ mit Beitrag zu männerspezifischer Suchthilfe | PREDI-Handbuch in Version 3.0 erschienen | Handbuch zum Modellprojekt „HaLT“ liegt vor | Neuer Leitfaden für die Eltern-Selbsthilfe | Schneider bevorzugt „Verbraucherbegleitung“ vor Prävention | Vier Faktenblätter zum Thema Alkohol | Adressverzeichnis stationäre Einrichtungen aktualisiert | Impressum

Die in diesem Newsletter enthaltenen Internet-Links können angeklickt werden. Es öffnet sich dann der Internet-Browser und zeigt die entsprechende Seite an. Dazu muss eine Verbindung mit dem Internet bestehen.



Für die Menschen.
Für Westfalen-Lippe.

Expertise „Zugang zu jungen Cannabiskonsumenten“ liegt vor

Münster ▪ „Zugang zu jungen Cannabiskonsumenten/innen“ ist der Titel eines Sonderbandes der von der LWL-Koordinationsstelle Sucht (KS) herausgegebenen Veröffentlichungsreihe „Forum Sucht“, der jetzt vorgelegt wurde. In dem neuen Band werden die Ergebnisse einer Expertise zusammengetragen, die die KS mit Förderung des Bundesministeriums für Gesundheit erstellt hat. Damit beauftragt wurde die Kölner Gesellschaft für Forschung und Beratung im Gesundheits- und Sozialbereich (FOGS). Der Untersuchungszeitraum reichte vom Dezember 2005 bis zum Juli 2006.

Der Auftrag der Expertise war es, bundesweit Angebote zu identifizieren und auszuwerten, die junge Cannabiskonsumentinnen und –konsumenten besonders gut erreichen. Dazu erfolgte in einem ersten Schritt eine Bestandsaufnahme. Im Sinne einer ‚Good-Practice-Analyse‘ wurden anschließend die Faktoren ermittelt, die Projekte, Angebote und Einrichtungen auszeichnen, die überdurchschnittlich gut Zugang zu dieser Zielgruppe haben.

Der europäischen Fachöffentlichkeit wird die Expertise während der ersten Reitox-Akademie 2007 „Prevention, therapy of cannabis disturbances in Europe: status, projects, need for development“ vorgestellt. Die Veranstaltung findet im Rahmen der deutschen EU-Präsidentschaft am 29. und 30. März in Berlin statt.

➤ Weitere Informationen zur Cannabis-Expertise erhalten Sie bei Wolfgang Rometsch, Tel.: 0251 591-4710, Fax: 0251 591 5499 kswl@lwl.org

➤ Die Expertise „Zugang zu jungen Cannabiskonsumenten/innen“ steht als kostenloses PDF-Dokument auf den Internetseiten der KS zum Herunterladen bereit. Folgen Sie dazu dem hier angegebenen Link.
<http://www.lwl.org/ks-download/downloads/publikationen/Cannabis-Expertise.pdf>

Quelle: DHS-Newsletter 3/2007, http://www.dhs.de/newsletter_0307e.html

JaN-Multiplikatoren bereiteten sich auf Anti-Rauchkurse vor

Münster/Hamm/Tecklenburg/Marl ▪ Das Westfälische Jugendheim Tecklenburg, das Westfälische Jugendhilfezentrum Marl und das Westfälische Heilpädagogische Kinderheim Hamm sollen komplett rauchfrei werden. Das ist das Ziel des Projektes „Jugendhilfeeinrichtungen auf dem Weg zum Nichtrauchen“ (JaN), das bereits seit mehr als einem Jahr von der LWL-Koordinationsstelle Sucht (KS) durchgeführt wird. Nach einer Anfangsphase, in der es vor allem um die Informationsvermittlung in den Einrichtungen und die Motivation der dortigen Fachkräfte wie auch der Jugendlichen ging, sollen nun „Anti-Rauchkurse“ in den Einrichtungen für Kinder und Jugendliche durchgeführt werden. In Vorbereitung dazu führte die KS am 5. März eine Multiplikatorenschulung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der beteiligten Einrichtungen durch. Dipl.-Psych. Gerd Rakete aus Berlin erläuterte das Curriculum des Anti-Rauchkurses und übte mit den Teilnehmenden mögliche Handlungsstrategien in Rollenspielen ein.

Einig waren sich die Anwesenden zum Abschluss über die Sinnhaftigkeit des vorgestellten Handlungskonzeptes. Besonders Erfolg versprechend sei es, wenn es zusammen mit dem Konzept „Motivierende Interventionen zu Möglichkeiten der Ansprache von rauchenden Mitarbeitern und Kindern und Jugendlichen“

eingesetzt werde. Dieses Konzept hatte Dipl.-Psych. Peter Lindinger, ein international anerkannter Tabakexperte, vorgestellt.

Als wichtige Rahmenbedingungen für die Durchführung der Kurse nannten die Teilnehmer die Freistellung dafür durch ihre Institutionen, ausreichende zeitliche und finanzielle Ressourcen und eine angepasste Struktur des Kurses für die konkreten Einrichtung. Hier wurde vor allem die Verbindlichkeit der Teilnahme genannt.

Der „Anti-Rauchkurs“ gilt als aussichtsreiche Methode dafür, dass das Rauchverbot in den Einrichtungen durch die Jugendlichen auch eingehalten wird. Dass die jungen Menschen selbst mit dem Rauchen aufhören, ist nicht das vordringliche Ziel. Allerdings sollen die jungen Kursteilnehmer sehr wohl dazu zu befähigen, auf Glimmstängel zu verzichten. Die Auseinandersetzung mit ihrem Laster soll gefördert werden. Zunächst geht es um die Reduzierung des eigenen Tabakkonsums. Bisherige Erfahrungen mit den Kursen zeigen zumindest, dass die teilnehmenden Jungen und Mädchen anschließend kaum noch gegen die Rauchverbote in den Einrichtungen verstießen.

Der Kurs besteht aus sechs bis acht Sitzungen im wöchentlichen Turnus. Analysiert wird zunächst der eigene Zigarettenkonsum. Dazu gibt es Basis-Informationen zur Nikotinsucht, die Vor- und Nachteile des Rauchens werden reflektiert und persönliche Zielsetzungen mit den Teilnehmern vereinbart. In jeder Sitzung gibt es Übungen, die dem Kennenlernen, dem Auflockern und der Selbstreflexion der Teilnehmer dienen.

Peter Lindinger erläuterte in seinem Konzept, wie die Fachkräfte die Jugendlichen durch Gesprächstechniken im Sinne des Kurszieles motivieren können. Grundsätzlich riet er zur Empathie mit den jungen Rauchern. Über das Ernstnehmen der Jugendlichen solle eine Gespräch über Vorteile und Nachteile des Rauchens in Gang kommen. Aufzeigen sollen die Fachkräfte dabei auch, dass manche Aspekte, die die Jugendlichen als Vorteil wahrnahmen, in Wirklichkeit so positiv nicht seien. Wichtig sei auch, die Zuversicht der Klientel zu stärken und mit konkreten Ratschlägen nicht zu voreilig zu sein. Weder solle der motivierende Gesprächspartner sich als Experte generieren, noch solle er einseitig Partei ergreifen.

🚩 **Projektleiter des Projektes „JaN“ ist Hartmuth Elsner. Er erteilt gern weitere Informationen zu der Maßnahme unter Tel.: 0251 591-3268.**
hartmuth.elsner@lwl.org

🚩 **In Ausgabe 6/2006 berichtete der KS-Newsletter letztmals ausführlich über das Projekt „JaN“.**
„JaN“ läuft bereits seit einem Jahr

Abschlussbericht attestiert SeM Zielerreichung

Münster ▪ Das im Oktober 2004 gestartete Projekt „Sekundäre Suchtprävention für spätausgesiedelte junge Menschen in Münster“ (SeM) befindet sich in der Abschlussphase. Inzwischen liegt bereits der Evaluationsbericht der Kölner Gesellschaft für Forschung und Beratung im Sozialbereich (FOGS) vor. Dieser attestiert dem von der LWL-Koordinationsstelle Sucht (KS) und der Stadt Münster durchgeführten und vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge finanzierte Projekt, dass die angestrebten Ziele erreicht worden seien.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der stadtteilbezogenen Fokusgruppen haben nach dem Ende der Modellphase festgestellt, dass durch SeM auch

Jugendliche mit problematischem Konsum erreicht worden sind, die bisher nicht durch offene Jugendarbeit erfasst wurden. Cliques konsumierender Jugendlicher, die sich auf öffentlichen Plätzen trafen, seien dort nicht mehr anzutreffen. Deutlich rückläufig seien die Beschwerden von Anwohnern und die Polizeieinsätze wegen auffälliger jugendlicher Spätaussiedler. Junge Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler hätten nun mehr Kontakt auch zu Gleichaltrigen aus anderen kulturellen Gruppen. Insgesamt wurde ein Rückgang konsumbezogener Problemsituationen beobachtet, ebenso wie eine größere Sensibilisierung der Öffentlichkeit für das Thema Alkohol in den Stadtteilen. Der SeM-Abschlussbericht wurde dem LWL-Landesjugendhilfeausschuss in seiner Sitzung vom 8. März vorgestellt. Das Projektteam arbeitet derweil an einem Handbuch, mit dem interessierten Kommunen und Einrichtungen die Umsetzung des SeM-Konzeptes ermöglicht werden soll.

Das Projekt gliederte sich in drei Phasen. Zunächst wurden mittels der Methode „Rapid Assessment and Response“ (RAR) Informationen erhoben und das Problem eingegrenzt. Dann wurden vorhandene Konzepte der Suchtprävention auf die konkrete Situation in den beiden Münsteraner Stadtteilen Berg Fidel und Gievenbeck angepasst. Schließlich setzten Multiplikatorinnen und Multiplikatoren die modifizierten Ansätze in einer zehnmonatigen Praxisphase um.

In der Phase der Informationserhebung wurde deutlich, dass Alkohol ganz oben auf der Liste der problematisch konsumierten Suchtmittel bei den spätausgesiedelten jungen Menschen steht. Danach folgt gleich Cannabis. Heroinkonsum wurde hingegen nur vereinzelt festgestellt. Der Drogenmissbrauch führt zu schädlichen Auswirkungen bei den jungen Menschen, gerade weil sie sich in Gruppen bewegen, in denen dieser problematische Konsum „normal“ ist. Unter anderem wurden als Folgen benannt: ein negatives Selbstbild und Aggressivität, geringe Integrationsfähigkeiten, gestörte soziale Kompetenzen, soziale Ausgliederung und Isolation, geringere berufliche Chancen, schlechte Integration in die deutsche Gesellschaft, Verschuldung und Beschaffungskriminalität.

Basierend auf diesen Erkenntnissen zielte das Projekt darauf ab, vertiefte Informationen zum Konsumverhalten in dieser Gruppe zu erhalten, neue Methoden zur Verbesserung der Erreichbarkeit dieser Jugendlichen zu entwickeln, neue Zugangswege zu Eltern und Angehörigen zu schaffen, die Jugendlichen zu einer möglichst frühen Inanspruchnahme suchtbezogener Hilfen zu motivieren und der Entwicklung von Suchtverhalten entgegenzuwirken und gesundes Verhalten zu fördern.

Die Umsetzung des Projektes ruhte auf vier Säulen: Elternarbeit, Key Persons, Peer-Arbeit und Streetwork. Im Rahmen des Peer-Trainings kam unter anderem das Konzept der „ro.pe-Trainings“ zum Einsatz. Über Kletterübungen sollte auf diese Weise Rausch- und Risikokompetenz vermittelt werden. Eltern und Angehörige wurden auf „Home-Partys“ geschult. Key Persons erhielten eine Schulung nach dem MOVE-Konzept. Das Kürzel steht für „Motivierende Kurzintervention bei konsumierenden Jugendlichen“.

◀ **Weitere Informationen erteilt Ihnen Projekt-Koordinatorin Ludmilla Dickmann, Tel.: 0251 591-5384, Mobil: 0175 2680525, Fax: 0251 591-5484**
ludmilla.dickmann@lwl.org

◀ **Im Internet finden Sie das Projekt SeM inklusive näherer Informationen zu Projektablauf und -methoden auf der Seite**
<http://www.projekt-sem.de>

Männliche Spätaussiedler Schwerpunkt im Arbeitskreis

Münster/Oerlinghausen ▪ Das dritte Treffen des offenen LWL-Arbeitskreises „Mann & Sucht“ stand dieses Mal ganz im Zeichen der Suchtproblematik unter jugendlichen und erwachsenen, männlichen, deutsch-russischen Migranten. Daneben wurden weitere männerbezogene Themen aus der Praxis der ambulanten und stationären Suchthilfe besprochen. 46 interessierte Männer hatten sich dazu in der Klinik am Hellweg in Oerlinghausen eingefunden.

Referent zur Aussiedler-Thematik war der Aussiedlerbeauftragte der Evangelischen Kirche von Westfalen, Pfarrer Edgar Ludwig Born. Er informierte in einem lebhaften und kurzweiligen Vortrag über die anderen kulturellen Hintergründe der spätausgesiedelten Menschen in Deutschland.

Aktuelle Entwicklungen in der geschlechtsorientierten Suchtarbeit referierte Prof. Dr. Heino Stöver vom Fachbereich Public Health der Universität Bremen. Ein Blick auf andere europäische Länder lohne sich immer, meinte Stöver. In der Schweiz gebe es beispielsweise eine nachahmenswerte Internet-Datenbank, in der Kliniken mit gendergerechten Angeboten nach festgelegten Qualitätskriterien eingetragen sind. Bislang habe das Bundesministerium für Gesundheit noch kein Interesse an einer deutschen Implementierung dieses Ansatzes gezeigt.

In zwei Arbeitsgruppen wurde anschließend eine Fülle von Themen besprochen. Unter anderem ging es um „Abhängigkeit und männliche Sexualität“ und „Die Implementierung von Genderansätzen in der täglichen Arbeit“.

- ▶ **Die Schweizer Internet-Datenbank zu gendergerechten Kliniken finden Sie unter der Adresse:**
<http://www.drugsandgender.ch>
- ▶ **Der offene LWL-Arbeitskreis „Mann & Sucht“ trifft sich zwei Mal pro Jahr und wendet sich an Männer, die in der westfälisch-lippischen Suchthilfe tätig sind. Interessierte melden sich bei:**
Jörg Körner, Tel.: 0251 591-5538, joerg.koerner@lwl.org
Hartmuth Elsner, Tel.: 0251 591-3268, hartmuth.elsner@lwl.org
- ▶ **Die beiden genannten Beiträge werden in Kürze auf der Internetseite des Arbeitskreises „Mann & Sucht“ veröffentlicht.**
<http://www.lwl.org/LWL/Jugend/KS/Vernetzung/Arbeitskreise>
- ▶ **Beachten Sie auch die Ankündigung der folgenden Publikation in diesem KS-Newsletter**
„Sucht“ mit Beitrag zu **männerspezifischer Suchthilfe**

Jahressupervisionsgruppe hat die Arbeit aufgenommen

Münster ▪ Die Jahressupervisionsgruppe der Absolventen der Zusatzqualifikation „Sozial-/Suchttherapie – analytisch orientiert“ hat Anfang März ihre Arbeit aufgenommen. Die Leitung hatte Dr. Manfred Belzer. Ziel der Gruppe ist es, das während der Weiterbildung erworbene analytische Fachwissen zu aktualisieren und weiterzuentwickeln.

- ▶ **Weitere Informationen für dieses geschlossene Weiterbildungsangebot erteilt Alexandra Vogelsang, Tel.: 0251 591-3838, Fax: 0251 591-5484**
alexandra.vogelsang@lwl.org
- ▶ **Der KS-Newsletter berichtete in seiner Ausgabe 1/2007 bereits über die Supervisionsgruppe.**
[Supervision für Absolventen der Sozial-/Suchttherapie](#)

Studie aus Hemer stößt auf internationale Resonanz

Hemer ▪ Auf internationale Resonanz ist die Hans-Prinzhorn-Klinik, Westfälisches Therapiezentrum Ruhrgebiet des LWL, mit Studien zum Zusammenhang von neurologischen und kognitiven Veränderungen sowie psychischen Erkrankungen und Alkoholismus gestoßen. Unter der Leitung von Dr. Jennifer Uekermann vom Institut für Kognitive Neurowissenschaften der Ruhr-Universität Bochum wurde erst jüngst eine Studie an Patienten der Einrichtung in Hemer durchgeführt. Dabei fand sie unter anderem heraus, dass Alkoholiker die Pointe von Witzen nicht mehr identifizieren können.

Darüber berichteten die Fachzeitschrift „Addiction“ aus dem Blackwell-Verlag und das deutsche Magazin „Focus“. Interviewt wurde die Bochumer Studienleiterin sogar von einem irischen Radiosender. Weitere Veröffentlichungen zu den genannten Themenbereichen entstanden in Kooperation mit dem Institut für Psychologische Psychotherapie Bochum und der Universität Osnabrück.

An dieser Stelle führen wir die Literaturangaben für einige der Veröffentlichungen auf, an denen die Hans-Prinzhorn-Klinik beteiligt war.

Uekermann, J., et. al. (2007): Theory of mind, humour processing and executive functioning in alcoholism. In: *Addiction* 102, Nr. 2, S. 223 – 240.

Uekermann, J., et. al. (2003): Depression and cognitive function. In: *Addiction* 98 Nr. 11, S. 1521 – 1529.

Schlebusch, P.; Kuhl, J.; Breil, J.; Püschel, O. (2006): Alkoholismus als Störung der Affektregulation. Ein Störungsmodell auf der Basis der PSI-Theorie. In: Sachse, R.; Schlebusch, P. (Hrsg.): *Perspektiven klärungsorientierter Psychotherapie*. Lengerich: Pabst Science Publishers.

Schulz, A. (2003): *Gedächtnistäuschungen bei Alkoholikern und Patienten mit dem Korsakow-Syndrom*. Bochum: Universitäts-Diss.

Uekermann, J. (2002): *Kognitive Veränderungen bei Alkoholismus und Depression*. Bochum: Universitäts-Diss.

Die Pressemitteilung zu dem Artikel in der Zeitschrift „Addiction“ finden Sie unter dieser Internet-Adresse:
<http://www.blackwell-synergy.com/doi/abs/10.1111/j.1360-0443.2006.01656.x>

Der Artikel aus der Zeitschrift „Focus“ ist unter der folgenden Adresse zu finden:
http://www.focus.de/gesundheit/ratgeber/gehirn/news/hirnforschung_nid_43287.html

Haltern und Dorsten kündigen Finanzierung der Suchtberatung

Haltern/Dorsten ▪ Die Städte Haltern und Dorsten haben sich aus der Finanzierung der Caritas-Suchtberatungsstelle der Caritas zurück gezogen. Die Entscheidung der Stadtverwaltung hat nach Presseberichten nichts damit zu tun, dass die Arbeit der Einrichtung nicht geschätzt würde. Vielmehr wollen beide Städte nachteiligen Auswirkungen durch die Veränderung der Landesförderung ab dem Jahr 2008 vorbeugen. Wirksam wird der Rückzug aus der bisherigen Stadt-Förderung ab 2009. Bislang finanzierte Haltern ein Drittel der Personalkosten und Dorsten zwei Drittel. Vier Menschen sind in der Suchtberatung beschäftigt. Nun soll angesichts der umstrukturierten Landesförderung eine „offene Verhandlungsbasis“ für die künftige Regelung der Finanzierung der Suchtberatungsstelle geschaffen werden.

Quelle: **Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 22. Januar 2007**

Kampagne gegen Alkohol geht mit Elternabend und Bild weiter

Münster ▪ Mit dem Angebot eines „Elternabends zum Selbermachen“ und einer Motiv-Postkarte hat die Stadt Münster ihre Kampagne „Voll ist out“ fortgesetzt. Anfang Februar stellte die städtische Fachstelle für Suchtvorbeugung ihr Konzept des Elternabends „Jugendliche und Alkohol“ erstmals vor. Dazu sind grundlegende Informationen zum Thema Alkohol und Verhaltenstipps für Eltern zu einem Vortrag gebündelt worden, den die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Informationsveranstaltung auf CD-ROM mit nach Hause nehmen konnten. Die Fachstelle für Suchtvorbeugung hofft, dass Interessierte das Elternabend-Konzept in ihre Jugendzentren, Kirchengemeinden oder Stadtteile tragen und dort umsetzen.

Pünktlich zu Karnevalszeit trat „Voll ist out“ mit einer weiteren Motivkarte an die Öffentlichkeit. Darauf zu sehen ist ein Holzkreuz am Straßenrand, das an einen jugendlichen Autofahrer erinnert, der bei einem Verkehrsunfall ums Leben gekommen ist. Mit dem Bildmotiv sollte darauf hingewiesen werden, dass gerade junge Autofahrer oft alkoholisiert am Steuer sitzen und dadurch sich und andere gefährden. Das Motiv wurde durch das Kampagnen-Team während der Karnevalszeit an Jugendliche verteilt und lag in Kneipen und Jugendeinrichtungen aus. Geworben wurde damit dafür, dass auch bei der lustigsten Feier Alkohol für Autofahrer tabu sein sollte. Jugendliche Gruppen sollten für einen Abend einen Fahrer bestimmen, der nüchtern bleibt.

📌 **Fragen zum Elternabend „Jugend und Alkohol“ beantwortet**
Brigitte Klute von der Fachstelle für Suchtvorbeugung der Stadt
Münster, Tel.: 0251 492-5184, Fax: 0251 492-7772
KluteB@stadt-muenster.de

📌 **Die Motivkarte gegen Alkohol am Steuer können Sie sich**
auch als PDF-Dokument herunterladen:
http://www.presse-service.de/medienarchiv.cfm?Medien_ID=58673

Quellen: Pressemeldungen der Stadt Münster, 24. Januar und 15. Februar 2007,
<http://www.presse-service.de/data.cfm/static/655548.html>
<http://www.presse-service.de/data.cfm/static/657518.html>

Caritas Coesfeld bei Online-Beratung präsent

Coesfeld ▪ Der Caritas-Verband bietet nun auch direkte Suchtberatung im Internet an. Auch der Caritas-Verband für das Bistum Münster hat sich dem Projekt angeschlossen, das Anfang März startete. Online erwähnt ist bereits die Beratungsstelle Coesfeld. Die anderen Einrichtungen des Regionalverbandes sollen demnächst dazu kommen. Die eigentliche Beratung erfolgt als Chat- oder E-Mail-Kommunikation. Dazu ist es nötig, sich online zu registrieren. Neben Suchtberatung finden Suchende auch Schwangerschaftsberatung, Kurberatung für Mütter und Eltern- und Jugendberatung im neuen Online-Angebot.

📌 **Sie finden das Online-Beratungsangebot der Caritas**
unter der Adresse
<http://www.beratung-caritas.de>

Quelle: WMtv, 27. Februar 2007

Datenbank für Fallmanager auch öffentlich zugänglich

Soest ▪ Etwa 1 000 Adressen von Einrichtungen aus dem Sozialbereich umfasst eine neue Datenbank, die die Arbeitsgemeinschaft „AHA Hellweg Aktiv“ geschaffen hat, die die Umsetzung des Sozialreform-Paketes „Hartz IV“ im Kreis Soest begleitet. Unter dem Namen „H.i.K.S.“ (Hilfe im Kreis Soest) werden Verbände, Vereine, Gruppen und Ansprechpartner aufgelistet, die für Empfänger von Sozialleistungen interessant sein könnten. Geordnet nach verschiedenen „Lebenslagen“ wie „Existenzgründung“, „Gewalt“, „Schwangerschaft“ und auch „Sucht“ erhalten Suchende schnell Zugriff auf die jeweils vorhandenen Informationen. Das Spektrum der verzeichneten Institutionen reicht von Beratungsstellen über Ämter und stationäre Einrichtungen bis hin zu Bildungs- und Informationsangeboten. Auch eine Volltextsuche ist möglich.

Ausgerichtet ist das neue Internet-Angebot vor allem auf die Nutzergruppe der Fallmanager und der Arbeitsvermittler der AHA. Aber auch für Bürgerinnen und Bürger stehen die Informationen zum Abruf bereit. Die Datenbank ist das Ergebnis eines Kooperationsprojektes mit fünf Studierenden der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Münster.

📌 Sie finden die Datenbank „Hilfe im Kreis“ Soest unter der Internet-Adresse <http://hiks-hellweg.de>

Quelle: Pressemeldung des Kreises Soest, 10. Januar 2007, <http://www.presse-service.de/data.cfm/static/654413.html>

Hammer Liberaler will Tagesklinik für Suchtkranke

Hamm ▪ Eine Tagesklinik für Suchtkranke in Hamm hat der gesundheitspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Dr. Stefan Romberg, gefordert. Dadurch würde die psychiatrische Versorgung in der Stadt verbessert, meinte der liberale Abgeordnete, der in Hamm als Arzt tätig ist. In einer Landtagsanhörung zur Zukunft der Psychiatrie traten auf seine Initiative der Chefarzt der psychiatrischen Klinik des örtlichen St. Marienhospitals und der Chefarzt der Hammer Kinder- und Jugendpsychiatrie als Experten auf.

Quelle: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 10. Februar 2006

DROBS fordert Methadonambulanz für den Kreis Herford

Herford ▪ Der Kreis Herford braucht eine Methadon-Ambulanz – am besten in der psychiatrischen Klinik des Kreis-Klinikums. Das meint die Herforder Drogenberatungsstelle des Diakonischen Werkes (DROBS). Im Kreisgebiet gebe es derzeit vier Ärzte, die Substitutions-Patienten betreuen. Gerade in Urlaubszeiten komme es auf dem Gebiet der Methadon-Gabe zu Engpässen. Die Kreis-Klinik habe auf derartige Ansinnen bislang allerdings noch nicht reagiert. Die DROBS betreute im vergangenen Jahr insgesamt 220 Heroinabhängige, die natürlich nicht alle substituiert werden. Gut die Hälfte dieser Klienten kam aus der Kreisstadt selbst. Neben weiteren Projekten betreibt die DROBS auch das Projekt „Ambulantes betreutes Wohnen“, das durch den Landschaftsverband Westfalen-Lippe gefördert wird. Dabei werden Hilfesuchende zu Hause aufgesucht. Ziel ist es, über die intensive Betreuung kostenintensive stationäre Aufenthalte zu vermeiden.

Quelle: Westfalen-Blatt, 9. Februar 2007

Information zu Auslandsreise für Substitutionspatienten

Münster ▪ Das Münsteraner Institut zur Förderung qualitativer Forschung und akzeptierender Drogenarbeit und rationaler Drogenpolitik (INDRO) fungiert auch als Internationale Koordinations- und Informationsstelle für Auslandsreisen von Substitutionspatienten. INDRO dient hier als Anlauf- und Informationsstelle für Suchtkranke, die verreisen wollen. Gefördert wird die Stelle unter anderem vom nordrhein-westfälischen Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales.

Damit übernimmt INDRO eine wichtige Servicefunktion für Menschen, die die Ersatzdroge Methadon nehmen. Denn sobald diese Menschen ihren Heimatort verlassen müssen, stellen sich für sie ganz besondere Herausforderungen. In Deutschland ist es oft noch möglich, am Reiseort einen Arzt zu finden, der für die Dauer des Aufenthaltes die Substitutionsbehandlung übernimmt.

Problematisch kann es aber im Ausland werden. In vielen Ländern gelten ganz andere, restriktivere Gesetze zum Methadon-Konsum, auch ist vielerorts keine flächendeckende Versorgung mit den Ersatzstoffen gewährleistet. Zwar gibt es die Möglichkeit eine gewisse Dosis Methadon als Vorrat ausgehändigt zu bekommen. Allerdings ist diese Menge auf den Bedarf von 30 Tagen begrenzt. Bei Inlandsreisen ist diese Menge sogar auf den Bedarf von sieben Tagen begrenzt.

▼ **Fragen zum Thema Substitution und Reisen beantwortet**
INDRO e.V., Bremer Platz 18 – 20, 48155 Münster, Tel.:
0251 60123, Fax: 666580
indroev@t-online.de
<http://www.indro-online.de>

▼ **Die umfangreiche Auflistung der Reisebestimmung für**
Substitutionspatienten finden Sie auch auf den INDRO-
Internetseiten in deutscher und englischer Sprache
<http://www.indro-online.de/laender.htm>

Quelle: Jahresbericht 2006 der Internationalen Koordinations- und Informationsstelle für Auslandsreisen von Substitutionspatienten

Suchtkranke Straftäter werden zu selten behandelt

Bielefeld ▪ Zu wenig berücksichtigen Justiz und Strafverfolgung bei der Aburteilung von Straftätern, ob diese suchtkrank sind. Darauf hat Martin Reker, Leitender Arzt in der Suchtabteilung der Psychiatrischen Klinik Bethel, bei einer Fachtagung der Arbeitsgemeinschaft Suchtkrankenhilfe in Bielefeld hingewiesen. Obwohl ein Drittel aller Verurteilten suchtkrank sei, würden Delinquenten viel zu selten in Einrichtungen der Suchtkrankenhilfe vermittelt. Das gelte besonders für Bewährungsstrafen. Dabei würde durch eine Behandlung der Sucht die Gefahr sinken, abermals strafrelevant gewalttätig zu werden, war Reker überzeugt. Heike Lütgert, Leiterin des Kommissariats Vorbeugung der Bielefelder Polizei, unterstützte Rekers Ansinnen und verwies auf den hohen Anteil von Alkoholkranken unter den wegen häuslicher Gewalt verurteilten spätausgesiedelten Migranten.

Quelle: epd-West, Nr. 20, 29. Januar 2007

Kein Fortschritt bei Senkung der Drogenopfer-Zahl in NRW

Düsseldorf ▪ Wieder nicht gesunken ist die Zahl der Drogentoten in Nordrhein-Westfalen. 350 Menschen starben 2006 an den Folgen ihres Drogenkonsums, genauso viele wie 2005, gab Landesinnenminister Ingo Wolf am 5. März bekannt. 2005 war die Drogenopfer-Zahl stark von 324 auf 350 angestiegen. Die Landesregierung hatte damals zunächst irrtümlich einen Rückgang angekündigt.

◀ Im KS-Newsletter 2/2006 finden Sie einen Bericht über die Drogenopfer-Statistik 2005 für Nordrhein-Westfalen. Zahl der Drogentoten in NRW stark gestiegen

Quelle: wdr.de, 5. März 2007, http://www.wdr.de/themen/kurzmeldungen/2007/03/05/zahl_der_drogentoten_bleibt_konstant.jhtml

Länder einigen sich auf Grundsätze zum Nichtraucherschutz

Berlin/Hannover ▪ Dass das Rauchen in Deutschland stark eingeschränkt wird, wird wahrscheinlicher. Die Ministerkonferenz der Länder zum Nichtraucherschutz hat sich am 23. Februar in Hannover darauf geeinigt, künftig das Rauchen in weiten Teilen der Öffentlichkeit zu verbieten. Verstöße gegen das Rauchverbot sollen als Ordnungswidrigkeit geahndet werden. Das Rauchverbot betrifft unter anderem Schulen und Kindertagesstätten, Theater, Kinos, Museen, Krankenhäuser, Pflegeheime, Diskotheken sowie Verwaltungseinrichtungen. In Gaststätten soll das Rauchen nur noch in extra ausgewiesenen, abgeschlossenen Raucher-Räumen gestattet werden.

Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen behielten sich indes vor, Ausnahmeregelungen für Gaststätten zu erlassen. Gaststätten sollen sich dann durch die Anbringung eines „R“-Schildes als Raucherlokal ausweisen dürfen. Mittlerweile überlegen drei weitere Bundesländer, Sachsen, Baden-Württemberg und das Saarland, ob sie es den Gastwirten überlassen, ihre Lokale als Raucherlokale auszuweisen.

Der Beschluss der Länderminister sieht des Weiteren vor, dass Einrichtungen vom Rauchverbot befreit werden können, in denen es aus konzeptionellen oder therapeutischen Gründen angezeigt erscheint. Genannt werden in dem Beschluss: der Justiz- und Maßregelvollzug, Alten- und Pflegeheime, die Behindertenhilfe, Hospize, Studierendenwohnheime und Einrichtungen der Jugendhilfe.

Während deutsche Politiker die Vorschläge der Landesminister begrüßten, forderte EU-Gesundheitsminister Markos Kyprianou die Bundesrepublik zu einem totalen Rauchverbot in der Öffentlichkeit auf. Er strebe eine EU-weite Regelung zum Nichtraucherschutz an, sagte er dem „British Medical Journal“. Möglich werden könne dies beispielsweise über eine Änderung der EU-Arbeitsstättenverordnung.

Auf die Arbeitsstättenverordnung nahm auch der Präsident der Bundesärztekammer, Professor Jörg-Dietrich Hoppe, Bezug, als er anregte, über diesen Weg auch den Beschäftigten in der Gastronomie einen rauchfreien Arbeitsplatz zu gewährleisten. Grundsätzlich begrüßte aber auch er die getroffene Vereinbarung, ebenso wie die Präsidentin der Deutschen Krebshilfe, Dagmar Schipanski. Sie regte aber darüber hinaus an, Zigarettenautomaten abzuschaffen, ein komplettes Tabakwerbeverbot zu verhängen, flächendeckend

Raucherentwöhnungsprogramme anzubieten und die Tabaksteuer weiter zu erhöhen.

Das Deutsche Krebsforschungszentrum Heidelberg und das Bayerische Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit haben auf die Dringlichkeit eines Rauchverbotes in Diskotheken hingewiesen. Tests haben ergeben, dass die Feinstaubbelastung in den Tanzlokalen Werte von bis zu 1 000 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft erreicht. Der geltende Grenzwert für die Feinstaubbelastung liegt bei 50 Mikrogramm. Auch in normalen Gaststätten werden der Studie zufolge regelmäßig Belastungen von mehr als 200 Mikrogramm Feinstaub erreicht.

Nicht auf einhellige Zustimmung stieß hingegen die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Sabine Bätzing, die ein Rauchverbot auch im Auto gefordert hatte. Sie begründete dies unter anderem damit, dass Rauchen im Auto verantwortungslos sei, gerade wenn Kinder mit im Wagen säßen. Bundesverkehrsminister lehnte diesen Vorschlag ab, weil das Auto zum privaten Bereich zähle. Man solle „die Kirche im Dorf lassen“, meinte der Minister.

Baden-Württemberg hat mittlerweile einen Gesetzesentwurf erarbeitet, der bereits ab dem 1. August wirksam werden soll. Allgemein verboten wird das Rauchen in öffentlichen Einrichtungen darin entsprechend dem Beschluss der Ministerkonferenz. Für Schulen sieht der Entwurf vor, dass die Schulkonferenz dort die Einrichtung von Raucherecken beschließen kann.

📌 **Den Beschluss der Ministerkonferenz finden Sie im Originaltext unter anderem als PDF-Download am Ende der folgenden Seite von politikerscreen.de, die einen engagiertes Plädoyer für mehr Passivraucherschutz enthält:**

<http://www.polixea-portal.de/index.php/Main/Artikel/id/157801/name/Ein+wirksamer+Nichtraucherschutz+ist+%FCberf%E4llig>

📌 **Im KS-Newsletter 1/2006 haben wir ausführlich über die gescheiterten Bemühungen der Bundesregierung um ein bundeseinheitliches Rauchverbot berichtet.**

[Bundesregierung scheitert beim Nichtraucherschutz](#)

Quellen: Kölner Stadtanzeiger, 6. Februar 2007, <http://www.ksta.de/html/artikel/1170145855571.shtml>
Netzzeitung, 6. Februar 2007, <http://www.netzeitung.de/spezial/europa/523193.html>
Ärzte-Zeitung, 16. Februar 2007, <http://www.aerztezeitung.de/docs/2007/02/16/030a0701.asp?cat=/medizin/rauchen>
Ärzte-Zeitung, 19. Februar 2007, <http://www.aerztezeitung.de/docs/2007/02/19/031a0406.asp?cat=/medizin/rauchen>
Ärzte-Zeitung, 20. Februar 2007, <http://www.aerztezeitung.de/docs/2007/02/20/032a0603.asp?cat=/news>
Focus Online, 23. Februar 2007, http://www.focus.de/politik/deutschland/gesundheit_nid_45209.html
Ärzte-Zeitung, 26. Februar 2007, <http://www.aerztezeitung.de/docs/2007/02/26/036a0601.asp?cat=/medizin/rauchen>
Heilbronner Stimme, 27. Februar 2007, <http://www.stimme.de/nachrichten/baden-wuerttemberg/art1960,961249.html?fCMS=08af2cdf552eee1fb98d85e3762bdc54>
Pforzheimer Zeitung, 28. Februar 2007, <http://www.pz-news.de/suedwest/89779/index.html>
Süddeutsche Zeitung, 9. März 2007

Suchtmittelkriminalität in Österreich geht zurück

Wien ▪ Um 7,28 Prozent ist voriges Jahr die Zahl der angezeigten Straftaten wegen Verstößen gegen das Suchtmittelgesetz in Österreich zurückgegangen. 24 008 Fälle verzeichnete das alpenländische Bundeskriminalamt. Allein 19 000 der Vergehen betrafen Cannabis-Delikte.

Das Bundeskriminalamt Österreich hat den Suchtmittelkriminalitäts-Statistik als PDF-Dokument ins Internet gestellt.
<http://www.praevention.at/upload/documentbox/Suchtmittelkriminalitaet2006.pdf>

Quelle: Institut Suchtprävention „Pro mente“, Info-Corner, 27. Februar 2007,
www.praevention.at/news/index.php/action.view/entity.detail/key.343/nav.6/view.29/level.2/

Union signalisiert nun doch Zustimmung zur Heroinstudie

Berlin ▪ Im Streit um die Fortführung der Heroinstudie in sieben deutschen Großstädten zeichnet sich ab, dass die Modellprojekte in Frankfurt, Köln, Hannover, Frankfurt, München, Hamburg und Karlsruhe auf die ein oder andere Weise doch noch weitergeführt wird. Vertreter der CDU befürworteten Ende Februar, dass zumindest die Menschen, die derzeit im Rahmen der Studie Heroin vom Staat bekämen, weiter versorgt werden sollen. In diesem Sinne äußerten sich unter anderem CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender Volker Kauder, Kanzleramtsminister Thomas de Maizière und die Ministerpräsidenten Roland Koch, Christian Wulff und Günter Oettinger. Alle Genannten wandten sich aber gegen eine Ausweitung des Modellversuchs hin zu einer Regelversorgung. Im Rahmen des Modellversuchs könne es aber durchaus auch zu Neuaufnahmen kommen, sagte zumindest Kauder, der darüber hinaus aber forderte, das Projekt stärker ausstiegsorientiert durchzuführen.

Mitarbeiter der Heroinstudie appellierten an die Politik, sich nicht mit dem nun aufscheinenden Kompromiss zufrieden zu geben. So sagte Guido Sanders, Leiter der Heroin-Ambulanz in Hannover, Heroin sei für Schwerstabhängige ein wirksames Mittel „zur Behandlung der psychischen Missbefindlichkeit dieser Suchtkranken“. Laut Karin Bonorden-Kleij, Leiterin der Hamburger Heroin-Ambulanz, müssten die derzeit arbeitenden Heroin-Ambulanzen aus ihrem Status als Provisorium befreit werden.

Nach einem Beschluss der Bundesregierungs-Koalition sollte ursprünglich die bis diesen Sommer gesicherte Finanzierung der Diamorphin-Abgabe an derzeit noch 270 Schwerstsüchtige nicht weiter gewährleistet werden. Eine unter anderem von der Drogenbeauftragten der Bundesregierung, Sabine Bätzing, unterstützte Änderung der Arzneimittelgesetzgebung, um die ärztliche Abgabe von Heroin an Schwerstsüchtige zu legalisieren, wurde abgelehnt.

Der Leiter des Modellprojektes, Christian Haasen, warnte in einem dpa-Interview davor, dass die derzeit im Rahmen der Studie behandelten Menschen wieder in alte Verhaltensmuster zurückfallen könnten, wenn ihre Versorgung mit Diamorphin eingestellt würde. Langfristig mache sich die Heroinabgabe aber für Staat und Kommunen bezahlt. Beschaffungskriminalität werde weniger, Krankheiten wie HIV/AIDS und Hepatitis träten seltener auf. Wie auch SPD-Fraktionsgeschäftsführer Olaf Scholz und Sabine Bätzing forderte er die Zulassung von Diamorphin als Medikament. Rechtlich muss dazu eine Zulassung von Diamorphin durch das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte erfolgen, der eine Änderung des Betäubungsmittelgesetzes vorausgeht.

Vertreter der sieben beteiligten Städte hatten sich Anfang Februar in einem Appell an die Bundestagsfraktionen für eine Weiterführung ausgesprochen. Die Vertreter der Städte argumentierten, die kontrollierte Abgabe von Heroin sei für viele Schwerstabhängige der einzige Weg, den Teufelskreis von Drogensucht und -beschaffung zu durchbrechen. Auch Hamburgs Ex-Bürgermeister Henning Voscherau schloss sich diesem Ansinnen an. Die derzeitige Entwicklung in der akzeptierenden Drogenarbeit sei ein „entscheidender Rückschritt, der die Menschenwürde vieler Betroffener antasten wird“.

Im Zuge der Berichterstattung über die Heroinstudie sind zahlreiche Reportagen über suchtkranke Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Modellversuche erschienen. Diese geben einen Einblick in die Nöte der Betroffenen und ihre Chancen durch die staatlich kontrollierte Abgabe von Heroin. Herausgegriffen seien an dieser Stelle folgende Veröffentlichungen:

Süddeutsche Zeitung, 30. Januar 2007

Mitteldeutsche Zeitung, 31. Januar 2007

Schwäbische Zeitung, 7. Februar 2007

Beachten Sie auch die Berichterstattung im KS-Newsletter 1/2007

Weiter Kritik am Aus für die Heroinstudie

Quelle: **arbeitsrecht.de, 7. Februar 2007,**
http://www.arbeitsrecht.de/arbeitsrecht/ticker/ticker.php?ID=483262466&script=/arbeitsrecht/ticker/wScripts/nachricht_anzeigen.ws
Landeszeitung Lüneburg, 7. Februar 2007
Täglicher Anzeiger, 7. Februar 2007
Hamburger Abendblatt, 17. Februar 2007,
<http://www.abendblatt.de/daten/2007/02/17/690682.html>
Wiesbadener Tagblatt, 19. Februar 2007, http://www.wiesbadener-tagblatt.de/politik/objekt.php3?artikel_id=2717353
Deutsches Ärzteblatt, 20. Februar 2007,
<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=27555>
taz, 20. Februar 2007, <http://www.taz.de/pt/2007/02/20/a0275.1/text>
Südwest-Presse, 21. Februar 2007, <http://www.suedwest-aktiv.de/landundwelt/suedwestumschau/2706090/artikel.php>
Hamburger Abendblatt, 21. Februar 2007,
<http://www.abendblatt.de/daten/2007/02/21/692941.html>
BB-Live, 22. Februar 2007, <http://www.bb-live.de/index.php?BBLIVEID=1abda6037c2dcafe87adb6341178e268&kat=10&artikel=108316542&red=1&ausgabe=38753>
Rheinischer Merkur, 1. März 2007,
http://www.merkur.de/2007_09_Keine_Spur_von_F.18970.0.html
Telepolis, 4. März 2007, <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/24/24698/1.html>

1,5 Millionen Deutsche sind medikamentenabhängig

Berlin ▪ 1,5 Millionen Deutsche sind von Medikamenten abhängig. Das schätzt die Bundesärztekammer. Astrid Bühren, Vorsitzende des Ausschusses Sucht und Drogen bei der Bundesärztekammer, nannte diese Zahl in einem Radio-Interview und räumte ein, dass die Verschreibungspraxis der Ärzte und der Zeitmangel beim Gespräch mit dem Patienten zu dieser Tatsache beitragen. Die Bundesärztekammer bereite zu diesem Thema einen Leitfaden vor.

Zum Thema finden Sie auch diesen Bericht in dieser Ausgabe des KS-Newsletters:
[Medikamentensucht nimmt immer bedrohlichere Ausmaße an](#)

Quelle: **Deutschland Radio Kultur, 3. März 2007,**
<http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/interview/600559/>

FreD: Erfolgreiche Bilanzen und neue Teilnehmer-Städte

Augsburg/Mannheim ▪ Eine positive Bilanz hat der bayerische Gesundheitsstaatssekretär Otmar Bernhard über das Projekt „FreD“ in Augsburg gezogen. Seit einem Jahr wird das von der LWL-Koordinationsstelle Sucht erarbeitete Konzept zur Frühintervention bei jugendlichen erstauffälligen Drogenkonsumenten in der süddeutschen Stadt eingesetzt. Mehr als 100 junge Menschen haben bereits an den FreD-Maßnahmen teilgenommen. Der Regierungsvertreter betonte, dass für das Gelingen des Projektes die erfolgreiche Zusammenarbeit von Polizei, Staatsanwaltschaft, Jugendrichtern und Suchthilfe nötig sei. In Bayern werde FreD außerdem bereits erfolgreich in München und Freising eingesetzt. Bernhard betonte, dass Bayern jedem ausstiegswilligen Drogenkonsumenten Hilfe und Beratung anbiete. Eine Freigabe von Cannabis lehnte er ab.

Jüngst erst gestartet ist FreD unterdessen in Mannheim. Es läuft dort als Gemeinschaftsprojekt von Polizei, dem städtischen Dezernat Jugend, Soziales und Gesundheit und dem Drogenverein Mannheim in Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft und der Jugendgerichtshilfe. Die Mannheimer Verantwortlichen entschlossen sich angesichts des weiter wachsenden Cannabis-Konsums unter Jugendlichen zu der Maßnahme. Gerade für konsumierende Jugendliche habe es in diesem Bereich noch eine Versorgungslücke gegeben. In Baden-Württemberg planen außerdem Heidelberg und der Rhein-Neckar-Kreis die Einführung des Konzeptes.

◀ Ausführliche Informationen zum Projekt und einen Überblick über die bisher teilnehmenden Städte und Regionen erhalten Sie auf der FreD-Homepage
<http://www.projekt-fred.de>

Quelle: **brennessel.com**, 25. Januar 2007, <http://www.brennessel.com/brennessel/news/detailview.php?ID=52689>
Rhein-Neckar-Zeitung, 1. März 2007, http://www.rnz.de/zusammen10/00_20070301092800_Drogen_von_heute_haben_es_in_sich.html

Deutsche Kinder Spitze beim Rauchen

Florenz ▪ Recht unterschiedlich ist das Suchtmittelnutzungsverhalten von Kindern und Jugendlichen in den reichsten Ländern der Welt. Das hat der am 14. Februar unter dem Titel „Child Poverty in Perspective : An Overview of Child Well-Being in Rich Countries“ veröffentlichte „Innocenti-Report“ des UN-Kinderhilfswerkes UNICEF ergeben. Der Bericht beruht in Teilen auf Daten, die im Rahmen der internationalen HBSC-Studie gewonnen werden.

So wird unter anderem berichtet, dass 16 Prozent der deutschen Elf-, 13- und 15-Jährigen angegeben haben, dass sie mindestens einmal in der Woche rauchen. Bei den 20 untersuchten, wohlhabenden Ländern liegt Deutschland mit dieser Quote an der Spitze. Cannabis-Konsum ist in Großbritannien, der Schweiz und Kanada am weitesten verbreitet. Dort haben 35 Prozent der Kinder bereits gekiffert.

◀ Den kompletten Bericht finden Sie hier als PDF-Datei:
http://www.unicef-icdc.org/publications/pdf/rc7_eng.pdf

◀ Eine Detailauswertung der Innocenti-Befunde für Deutschland mit Folgerungen für die Politik von Hans Bertram liegt bereits seit Dezember vorigen Jahres vor.
http://www.unicef-icdc.org/presscentre/presskit/reportcard7/iwp2006_02_germ.pdf

Medikamentensucht nimmt immer bedrohlichere Ausmaße an

Wien ▪ Medikamentensucht kommt inzwischen weltweit fast so oft vor wie die Abhängigkeit von illegalen Drogen. Zu diesem Schluss kommt der Jahresbericht des Internationalen Suchtstoffkontrollrates (INCB) der Vereinten Nationen (UNO). In den USA übertreffe der Missbrauch verschreibungspflichtiger Medikamente bereits den Heroin- oder Kokainkonsum. Der INCB rief alle Regierungen auf, verstärkt gegen den Handel mit den illegalen Medikamenten vorzugehen.

Medikamentensucht sei vielfach gleich gefährlich oder sogar risikoreicher als der Konsum illegaler Suchtstoffe, sagte Philip Emafo, Präsident des Rates. Viele synthetische Suchtstoffe hätten eine besonders starke Wirkung, und die Gefahr der Überdosierung sei besonders hoch.

In Europa spielt Ecstasy eine besonders schlimme Rolle bei den berauschenden Pillen. Nach Cannabis liegt es hier auf Platz 2 der „beliebtesten“ Drogen. Während der Heroinkonsum nach Beobachtungen der UNO-Organisation weitgehend stabil geblieben ist, hat der Missbrauch von Kokain gerade in Europa zugenommen. Zehn Prozent der behandelten Suchtkranken auf dem alten Kontinent seien Kokain-abhängig. Nach Nordamerika sei Europa inzwischen der zweitwichtigste Absatzmarkt für den Kokain-Schmuggel.

Deutschland verstößt mit Fixerstuben gegen internationales Recht

In dem INCB-Bericht wird außerdem die deutsche Praxis der Fixerstuben angegriffen. Die Drogenkonsumräume verstießen gegen internationales Recht bemängeln die Autoren. Gemäß der Anti-Drogen-Konvention von 1961 seien Produktion, Handel, Ausgabe, Besitz und Gebrauch von Drogen nur zu medizinischen und wissenschaftlichen Zwecken erlaubt. Die UNO habe die Schließung der Einrichtungen verlangt. Hingegen sei die Zahl der Konsumräume im Jahr 2006 auf 25 gestiegen. Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung wies den INCB-Vorwurf zurück.

Der englischsprachige Jahresbericht des INCB kann von der Homepage der Organisation kapitelweise oder komplett als PDF-Datei heruntergeladen werden.
http://www.incb.org/incb/en/annual_report_2006.html

Quelle: **Hamburger Abendblatt**, 1. März 2007,
<http://www.abendblatt.de/daten/2007/03/01/697944.html>
Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. März 2007,
<http://www.faz.net/s/Rub8ABC7442D5A84B929018132D629E21A7/Doc~EDF655479119245999D47795E9D17506B~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

Veranstungsmarathon zur EU-Ratspräsidentschaft

Berlin ▪ Noch bis Ende Juni hat die Bundesrepublik die EU-Ratspräsidentschaft inne. Das zieht eine Fülle von Veranstaltungen nach sich – auch im Gesundheits- und Sozialbereich. Das Bundesgesundheitsministerium hat eine eigene gesundheitspolitische Veranstaltungsreihe zur EU-Ratspräsidentschaft initiiert. Im Rahmen dieser Reihe gibt es eine Fülle von Seminaren, Konferenzen und Workshops. An dieser Stelle seien nur einige herausgegriffen:

- 12. bis 13. März, Bremen: Verantwortung und Partnerschaft. Miteinander gegen HIV/AIDS.
- 29. bis 30. März, Berlin: Fachtagung „Prävention und Therapie von Cannabis-Störungen in Europa. Stand, Projekte, Entwicklungsbedarf.“
- 14. bis 15. Mai, Berlin: Treffen der nationalen Drogenkoordinatoren der EU.
- 4. bis 6. Juni, Tutzing: Wissenschaftliches Symposium der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen (DHS) „Alkohol in Europa“.

➤ **Über die Aktivitäten des Bundesgesundheitsministeriums während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft informiert ein Internet-Portal:**

<http://www.eu2007-bmg.de/>

➤ **Das komplette Veranstaltungsprogramm der gesundheitspolitischen Veranstaltungen finden Sie in Form einer PDF-Datei hier:**

http://www.bmg.bund.de/cln_041/nn_1031358/SharedDocs/Publikationen/Europa/g-800,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/g-800.pdf

Institutstagung in Linz zu Sucht ohne Drogen

Linz ▪ Die diesjährige Institutstagung des Instituts Suchtprävention „Pro Mente“ Oberösterreich in Linz befasst sich mit „Sucht ohne Drogen“. Korrekt ist der Titel der Tagung, die am 24. Mai ab 9 Uhr in den Redoutensälen in Linz ausgerichtet wird, allerdings nur, wenn Glücksspiel, Kaufen und Medien im speziellen Fall nicht als Drogen verstanden werden. Denn zahlreiche Menschen haben ihr Kaufverhalten, ihren Medienkonsum oder das Spielverhalten soweit nicht im Griff, dass es zu einer Sucht ausgeartet ist. Die Institutstagung wird sich nun unter anderem der Frage widmen, wie mit derartig Betroffenen umgegangen werden soll und welche Möglichkeiten der Prävention es gibt. In Fachvorträgen wird Hintergrundwissen vermittelt, das dann in Workshops vertieft werden kann.

➤ **Die Teilnahme an der Institutstagung des Instituts Suchtprävention ist kostenfrei. Um Anmeldung wird bis zum 14. Mai gebeten. Anmeldungen sind zu senden an das Institut Suchtprävention, Hirschgasse 44, A-4020 Linz, Tel.: 0043 732 778936**
info@praevention.at
<http://www.praevention.at>

Bundesdrogenkongress bringt Methoden in Zusammenhang

Mainz ▪ Handlungsfeld, Methode, Technik“ ist der Titel des 30. Bundesdrogenkongresses, den der Fachverband Drogen und Rauschmittel (fdr) am 14. und 15. Mai 2007 in Mainz ausrichtet. Übergreifendes Thema der verschiedenen Plenums- und Foren-Einheiten soll sein, verschiedene Handlungsansätze der Suchthilfe in einen systemischen Zusammenhang zu bringen, um das methodische Handeln der Praktikerinnen und Praktiker zu unterstützen. Derzeit läuft noch eine Anmeldefrist mit Frühbucher-Vergünstigungen.

Im Rahmen des FreD-Forums 2007 „S 16“ am 15. Mai von neun bis 13.30 Uhr sollen die konzeptionelle Weiterentwicklungen, organisatorische Varianten, finanzielle Absicherungen und erste Ergebnisse der Nacherhebung des vom BMG geförderten Bundesmodellprojektes „Frühintervention bei erstauffälligen Drogenkonsumenten – FreD“ vorgestellt werden. Effekte der Früh- und Kurzintervention im Rahmen des Angebotes werden diskutiert. Insbesondere dient dieses Forum den FreD-Fachkräften zu einem praxisorientierten Austausch. In dem von Wolfgang Rometsch moderierten Forum stellen Judith Pals, Harald Stickel und Markus J. Müller die FreD-Konzepte in Ihren Regionen vor. Wilfried Görden vom FOGS aus Köln wird die Erfahrungsberichte mit ausgewählten Ergebnissen der Nachbefragung unterfüttern.

➤ Zum 30. Bundeskongress hat der fdr auf seiner Homepage eine Seite eingerichtet.

<http://fdr-online.info/bundes-drogen-kongress.php>

➤ Das ausführliche Kongress-Programm gibt es als PDF-Datei auf den Internetseiten des fdr.

http://fdr-online.info/pdf/30.bdk_programm.pdf

Quelle: fdr-online-info, Nr. 15

800 Schüler diskutieren über Magersucht und Bulimie

Aachen ▪ 800 Schülerinnen und Schüler aus Aachen und Umgebung sind zum Schülerkongress eingeladen, der im Rahmen der 30. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie (DGKJP) ausgerichtet wird. Sie werden dann unter anderem das Thema „Magersucht und Bulimie: Warum wollen Mädchen so dünn sein?“ diskutieren.

Schwerpunkt-Thema der Jahrestagung vom 14. bis 17. März 2007 in der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen wird sein: „Prävention und Früherkennung psychischer Störungen im Kindes- und Jugendalter“. Der Schülerkongress wird ausgerichtet am 14. März von 15:30 bis 17 Uhr.

➤ Das ausführliche Programm der Jahrestagung finden Sie auf der Kongress-Internetseite

<http://www.dgkjp-kongress.de/>

Quelle: idw, 24. Januar 2007, <http://www.uni-protokolle.de/nachrichten/id/130994/>

Strafgefangenen-Gesundheitskonferenz am Schwarzen Meer

Varna/Bulgarien ▪ An der bulgarischen Schwarzmeer-Küste wird vom 24. bis 25. September 2007 die zweite internationale Konferenz zur Gesundheit von Strafgefangenen (2nd international Prisoner Health Conference) ausgerichtet. Ein Themenfeld, das auf der unter anderem von der University UCE Birmingham und der Stadt Varna unterstützten Konferenz behandelt wird, ist der Umgang mit Suchtkrankheit. Vorgestellt werden Abstinenz- und Behandlungsansätze.

☛ Im Internet ist eine Homepage für den Kongress eingerichtet worden. Dort steht ein Anmeldeformular zum Herunterladen bereit. Auch das detaillierte Programm, wird dort veröffentlicht, sobald es existiert.
<http://www.uce.ac.uk/crq/conference/>

DBDD legt nationalen Bericht zur Drogensituation vor

München/Köln/Hamm ▪ In der vorigen Ausgabe des KS-Newsletters haben wir über das Erscheinen des Jahresberichtes 2006 der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EBDD) berichtet. Nun liegt auch der entsprechende Bericht der Deutschen Referenzstelle für die EBDD (DBDD) vor. Die im nun veröffentlichten Jahresbericht 2006 anhand von Daten aus dem Jahr 2005 aufgezeigten Trends und Entwicklungen werden Eingang in den Drogenbericht 2007 der EBDD finden. Dabei setzt der so genannte „REITOX-Bericht“ eigene Schwerpunkte, etwa wenn es um die Untersuchung des Konsums sehr junger Menschen geht oder um die Entwicklung bei Kokain und Crack wie auch um den Themenbereich „Drogen und Autofahren“.

☛ Den DBDD-Bericht gibt es als PDF-Datei im Internet.
http://www.dbdd.de/Download/REITOX_D2006_D_Fin.pdf

☛ Beachten Sie den Bericht im KS-Newsletter 1/2007
EBDD-Jahresbericht 2006 sieht Heroin als Hauptproblem an

„Sucht“ mit Beitrag zu männerspezifischer Suchthilfe

Geesthacht ▪ Die aktuelle Ausgabe 1/2007 der Zeitschrift „Sucht“ enthält einen Diskussionsbeitrag zur männerspezifischen Suchthilfe. Marcel Edel, Harald Klingemann, Martin Sieber und Thomas Meyer stellen ihre Studie „Männergerechte Ziele und Angebote in der Suchttherapie – Tabu und Nachholbedarf“ vor. Sie haben in zwei Schweizer Kliniken Patienten und Mitarbeiter hinsichtlich geschlechtsspezifischer Behandlungsangebote befragt. Dabei stießen sie auf bisher tabuisierte Versorgungslücken und zeigen weiteren Forschungsbedarf auf.

☛ Die Zeitschrift „Sucht“ können Sie beziehen bei der Neuland Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 14 22, 21496 Geesthacht, Tel.: 04152 81342, Fax: 04152 81343
neuland@neuland.com

☛ Den Inhalt der „Sucht“-Ausgabe gibt es hier:
<http://www.neuland.com/index.php?s=sxt>

☛ Beachten Sie zum Thema „Mann und Sucht“ auch den folgenden Beitrag in diesem KS-Newsletter
Männliche Spätaussiedler Schwerpunkt im Arbeitskreis

PREDI-Handbuch in Version 3.0 erschienen

München ▪ „PREDI“ steht für Psychosoziales ressourcenorientiertes Diagnostiksystem und ist inzwischen Teil der Hilfeplanung in zahlreichen Einrichtungen der Suchthilfe. Das Münchener Institut für Therapieforschung, das das System vor einigen Jahren entwickelt hat, hat nun Version 3.0 des PREDI-Handbuches veröffentlicht.

Küfner, Heinrich; Coenen, Michaela; Indlekofer, Wolfgang (2006): PREDI - Psychosoziale ressourcenorientierte Diagnostik. Ein problem- und lösungsorientierter Ansatz, Version 3.0. Paperback, 292 Seiten, Lengerich: Pabst Science Publishers. ISBN: 978-3-89967-292-3, 40 Euro.

Handbuch zum Modellprojekt „HaLT“ liegt vor

Lörrach ▪ Die Ergebnisse des Modellprojektes „HaLT“ sind nun in einem Handbuch zusammengefasst worden. Zwei Jahre lang hatten elf Institutionen Ansätze erprobt, um riskant Alkohol konsumierende Jugendliche auf kommunaler Ebene sowohl präventiv von der Vieltrinkerei abzuhalten als auch reaktiv Hilfen anzubieten. Die Projektleitung lag bei der Lörracher Suchtpräventionseinrichtung „Villa Schöpflin“, die inzwischen auch die 18monatige Transferphase des Projektes durchführt.

Das Handbuch enthält Befragungsergebnisse einer Umfrage unter 372 Jugendlichen, Materialien und Präventionsansätze. Beigefügt ist zudem eine CD.

Das Handbuch zu „HaLT“ kostet zehn Euro. Es kann bestellt werden beim Zentrum für Suchtprävention Villa Schöpflin, Franz-Ehret-Str.7, 79541 Lörrach-Brombach, Tel.: 07621 914909-0, Fax: 07621 914909-9 villa-schoepflin@blv-suchthilfe.de <http://www.blv-suchthilfe.de/villa-schoepflin>

Im KS-Newsletter 1/2007 berichteten wir über den Start der Transferphase des Modellprojektes „HaLT“. Projekt „HaLT“ mit Kompaktseminaren in die Transferphase

Quelle: DHS-Newsletter 2/2007, http://www.dhs.de/newsletter_0207f.html

Neuer Leitfaden für die Eltern-Selbsthilfe

Hamm ▪ Die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen (DHS) hat einen neuen Leitfaden für Eltern herausgegeben, die in Selbsthilfegruppen für Eltern suchtkranker Kinder mitarbeiten. Die Publikation wurde von Ingrid Arenz-Greiving als Ergebnis mehrerer Seminare mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Selbsthilfe zusammengestellt.

Sie finden den Leitfaden als PDF-Dokument auf den Internetseiten der DHS http://www.dhs-intern.de/pdf/A60791_Kinder_suchtkr_Eltern.pdf

Gedruckte Einzelexemplare erhalten Sie gegen die Einsendung eines mit 85 Cent frankierten und an sich selbst adressierten Umschlages an die DHS. Die Bestellung größerer Stückzahlen nimmt der Verband unter Fax: 02381 901530 oder per E-Mail entgegen. info@dhs.de

Quelle: DHS-Newsletter 2/2007, http://www.dhs.de/newsletter_0207d.html

Schneider bevorzugt „Verbraucherbegleitung“ vor Prävention

Berlin/Münster ▪ Übt Suchtprävention vor allem die gesellschaftliche Funktion der Beruhigung aus? Ist es hauptsächlich symbolische Politik, wenn Präventionskonzepte auf Früherkennung, Frühintervention und zielgruppengerechte Ansprache setzen? Wird damit das Problem der Drogen konsumierenden Jugendlichen lediglich erträglich gemacht?

Diese Fragen wirft der Münsteraner Suchtexperte Wolfgang Schneider in seinem aktuellen, im September vorigen Jahres erschienenen Buch „Die sanfte Kontrolle. Suchtprävention als Drogenpolitik“ auf. Der in Münster beim Institut für akzeptierende Drogenarbeit „INDRO“ an führender Stelle aktive Schneider vertritt in seiner Publikation weiterhin den Ansatz einer akzeptanzorientierten „Verbraucherbegleitung“. Drogenkonsumenten sollten in ihrer „Gebrauchskompetenz“ gestärkt und moderierend begleitet werden.

Dem Linzer Institut Suchtprävention „Pro mente“ sind Schneiders Thesen so viel Aufmerksamkeit wert, dass die oberösterreichischen Suchtvorbeuger das Werk am 19. Februar zum „Buch des Monats“ kürten.

Schneider, Wolfgang (2006): Die "sanfte" Kontrolle. Suchtprävention als Drogenpolitik. Taschenbuch, 96 Seiten, Berlin: VWB-Verlag. ISBN: 3861352567, 15 Euro.

Quelle: Institut Suchtprävention, Info-Corner, 19. Februar 2007, <http://www.praevention.at/news/index.php/action.view/entity.detail/key.339/nav.6/view.29/level.2/>

Vier Faktenblätter zum Thema Alkohol

Hamm ▪ Alkoholpolitik, Alkohol in Europa, Alkohol und Gesundheit sowie Alkohol im Straßenverkehr sind die Themen der vier neuen „Factsheets“, die die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen im Rahmen des Projektes „Bridging the gap“ herausgegeben hat.

📌 Die Factsheets stehen alle als PDF-Dokumente auf den DHS-Internetseiten zum Herunterladen bereit. Zugriff darauf haben Sie über die unten stehende Quellenangabe.

Quelle: DHS-Newsletter 3/2007, http://www.dhs.de/newsletter_0307b.html

Adressverzeichnis stationäre Einrichtungen aktualisiert

Ahrensburg ▪ Nach einer Aktualisierung vor drei Jahren (auch der KS-Newsletter berichtete damals) ist nun eine weitere überarbeitete Neuauflage des kommentierten Adressenverzeichnisses „Stationäre Einrichtungen für drogenkranke Kinder und Jugendliche (12 bis 18 Jahre) in der BRD“ erschienen. Verfasser Wilfried Schneider listet darin weiterhin über 100 Adressen auf, die um die Zahl der vorhandenen Plätze und weitere Angaben ergänzt worden sind.

📌 Das Adressverzeichnis können Sie direkt beim Autoren bestellen. Dazu schicken Sie vier Euro in Briefmarken oder als Verrechnungsscheck in einem mit 1,45 Euro frankierten und an sich selbst adressierten Umschlag im Format DIN A4 an folgende Adresse: Wilfried Schneider, Starweg 44, 22926 Ahrensburg.

Schneider, Wilfried (2007): Stationäre Einrichtungen für drogenkranke Kinder und Jugendliche (12 bis 18 Jahre) in der BRD. Aktualisierte, überarbeitete Neuauflage, Ahrensburg: Eigenverlag.

Impressum

Der KS-Newsletter wird herausgegeben von:

Landschaftsverband Westfalen-Lippe
LWL – Koordinationsstelle Sucht
Leitung: Wolfgang Rometsch
Warendorfer Str. 27
48133 Münster
Tel. 0251/591-3267
Fax: 0251 591-5499
E-Mail: kswl@lwl.org
Redaktion: Hartmuth Elsner (verantwortlich)
Anschrift wie oben
Ulrich Klose
Jörg Körner

Haftungshinweis: Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.